

Franco Clemens, IGR-NRW e.V., Hospeltstr. 35b, 50825 Köln, Tel: 0221-9541800

Sehr geehrte Damen und Herren  
der noch amtierenden Regierungskoalition!

Meine Kollegen haben die sachlichen Argumente noch mal vorgetragen, die gegen diese geplante unsägliche Novellierung des Landesmediengesetzes sprechen. Ich möchte deshalb nun mal über Sie sprechen, meine Damen und Herren Politiker, und versuchen, die dahinterstehenden Motive ihres Handels in den Vordergrund meiner Analyse rücken. Man kann dem Bürgerfunk nicht „haute cuisine“ versprechen und auf Nulldiät setzen! Ich behaupte, all die Argumente, die gegen diese Novellierung sprechen sind Ihnen längst klar, denn ich unterstelle Ihnen, dass es Ihnen von vorneherein nicht um eine Optimierung des Bürgerfunks ging, sondern schlichtweg nur darum, die einseitigen Interessen der Verleger zu bedienen und den Bürgerfunk kaputt zu machen.

In Kölle säht mo dozo och Klüngelwetschaff! Da sitzt z.B. ein Herr Thorsten Schick von der CDU in der Novellierungskommission, obwohl er gleichzeitig für den Lokalfunk im Märkischen Kreis arbeitet, also sozusagen von den potentiellen Nutznießern der geplanten Novellierung bezahlt. Das ist ein Skandal, der unter normalen Umständen die Headlines der Boulevardpresse schmücken würde. Darauf angesprochen, zuckt der Mensch jedoch nur mit den Schultern und bagatellisiert diese Tätigkeit, da er noch nicht erkannt hat, dass dies für ihn auch durchaus noch ein juristisches Nachspiel haben könnte. Wir Bürger mussten ja stellvertretend für ihn diesen Interessenskonflikt schon beim Landtagspräsidenten anzeigen. Des Weiteren haben Sie, meine Damen und Herren, die Volpersstudie völlig aus dem Zusammenhang gerissen dazu benutzt, im Zusammenspiel mit den Verlagen gegen den Bürgerfunk eine öffentliche Diffamierungskampagne anzuleiern. Die hatte nur leider landesweit einseitig denselben Wortlaut, was ich gemäß der unterschiedlichen Regionen und Werkstätten eine Manipulation von Öffentlichkeit und eine Verzerrung meinungsbildender Prozesse nenne.

Ich frage mich: Was hat man Ihnen von Seiten der Verlage dafür versprochen, oder anders gefragt, was erwarten Sie als Gegenleistung dafür, etwa Beraterverträge nach ihrer Abwahl oder eine positive Presse, selbst dann, wenn sie grundgesetzwidrige Gesetze erlassen und überall Formen von demokratischer Mitbestimmung abbauen ?

Was für eine Milchmädchenrechnung! Verleger und Journalisten sind doch keine Parteisoldaten, die sich gemäß ihrer Rolle als 4. Gewalt im Staat auf Dauer vereinnahmen lassen. Und da können Sie sich als Landesregierung den Medien als verlässlicher Partner öffentlich so oft anbieten, wie sie wollen. Den Schaden, den Sie sich selbst damit zufügen, haben Sie indes bis heute noch nicht erkannt.

In Köln gab es auch mal kurz eine CDU/FDP- Regierung, die glaubte z.B., dass man mit der Ernennung des lokalen Medienzaren zum Ehrenbürger sich seine Gunst erkaufen könnte. Ich muss Sie aber enttäuschen, werte Landesregierung. Diese Parteien sitzen mangels überzeugender Politik und Klüngelwirtschaft in Köln heute wieder in der Opposition und sind froh, wenn sie über den lokalen Bürgerfunk zuweilen öffentlich noch mal was Geistreiches vermelden können. Vor allem, ohne erst aufgrund der Interessen wirtschaftlich vielseitiger Medienkonzerne inhaltlich gefiltert worden zu sein.

Das sind doch die Wahrheiten in unserer Mediokratie, mit der Dank des bisherigen Konstrukts der Bürgerfunk mitten im kommerziellen Pudding noch immer für eine unabhängige Gegenöffentlichkeit im lokalen Umfeld gesorgt hat.

Ironischerweise haben ausgerechnet die Katholiken bereits angekündigt, im Falle dieser Novellierung ihre Radiowerkstätten direkt zu schließen, womit der CDU landesweit ein wichtiges Medium verloren geht, das Ihnen selbst dann noch nahe stand, wenn Ihre Politik ansonsten nirgendwo mehr auf positive Resonanz stieß.

Wenn Sie sich also auf die repräsentative Demokratie berufen, statt die Basisdemokratie und politische Partizipation zu fördern, dann hatten wir auf der Protestveranstaltung in Köln am 17.03. die repräsentative Mehrheit gegen Sie jedenfalls bei uns auf der Bühne stehen.

Machen sie also ihre Hausaufgaben, denn die kommerziellen Medien sind zwangsläufig auch ein Teil der globalisierten Industrie, von der sie sich zuweilen zu politischen Schnellschüssen erpressen lassen. Statt aber den Wert eines von Quoten und Werbung unabhängigen Mediums wie den Bürgerfunk zu schätzen und es als Ideal vor den eigenen Karren zu spannen, betreiben Sie mit Ihrer Politik die Demontage unserer lebendigen Demokratie und tragen langfristig zur weiteren Entmachtung der Politik zu Gunsten einer Wirtschaftsdiktatur bei. Schon jetzt konkurrieren wir uns doch am freien Markt gegenseitig zu Tode und produzieren an den eigentlichen Bedürfnissen der Menschen latent vorbei, weil die Politik als Regulativ versagt.

Ich sage Ihnen: Bei der geplanten Novellierung des Bürgerfunks ist etwas faul, sonst käme es nicht zu einem solch unsachlichen Vorschlag, der nicht der Allgemeinheit dient.

Die Bürger werden jedenfalls ihr Medium nicht kampflos aufgeben, und das kostet Sie bereits jetzt schon verdammt viel Sympathie in der Bürgerschaft. Lenken Sie ein, bevor wir als nächsten Schritt mit den Bürgern, Vereinen, Kirchen, Gewerkschaften, Oppositionsparteien CDU-nahen Verbänden, Juristen und Kulturschaffenden den Widerstand weiter verschärfen und vor den Toren des Landtages auftauchen, was sich kein Medium erlauben kann zu ignorieren, zumal Sie spätestens vom Bundesverfassungsgericht ohnehin endgültig gestoppt werden.

Über viele Wochen sind die Hörer bereits über Ihr Vorhaben informiert worden. Wir Bürgerfunker müssen Ihnen für diese kostenlosen Werbewochen inzwischen ja schon regelrecht dankbar sein. Ich fordere Sie auf, kloppen Sie diesen Vorschlag einfach in die Tonne, wo er hingehört, weil er zu dem auch noch handwerklich so schlecht gemacht ist, dass die LfM und hinter vorgehaltener Hand selbst Lokalsender und einige Verleger mangels Umsetzbarkeit nur noch mit dem Kopf schütteln. Das heißt: Auch einige ihrer Handvoll Claqueure haben inzwischen Bauchschmerzen. Und das sollte sich insbesondere die FDP hinter die Ohren schreiben, noch bevor die Namen der Verlage in den Fokus unseres öffentlichen Widerstands rücken, die da bei Ihnen als Lobbyisten im Gebüsch verweilen. Ich fordere die Landesregierung auf, sorgen Sie für einen gangbaren Kompromiss mit den Bürgerfunkern. Die konkreten Wünsche, Hoffnungen und Forderungen des IGR liegen hier schriftlich vor.

Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit  
ich grüße Sie im Namen der Bürger, ihrer Kinder  
und auch im Namen aller Inder.

Das war Don Franco von Radio Flok Bürgerfunk Magazin  
„Vorsicht Kölsch“ immer Samstags zwischen 19.04 und  
20.00 Uhr über RADIO KÖLN 107,1